

August 2009
Ausgabe 14
16. Legislatur

Südwest Grün

Rundbrief der baden-württembergischen
Grünen im Bundestag

Liebe Freundinnen und Freunde,

wie in den vergangenen Jahren haben wir auch in dieser Sommerpause ein Südwestgrün für euch gebastelt. So richtig ruhig ist dieser Sommer aber nicht - wir sind mitten im Wahlkampf und hoffen auf ein baldiges Ende der Großen Koalition. Damit das kein Wunschtraum bleibt und ihr immer die passenden Antworten parat habt, hier die Infos und Berichte aus unseren Arbeitskreisen. Wir haben diesmal besonders darauf geachtet, dass unsere Themen in knappen Sätzen umschrieben werden, damit ihr auch im alltäglichen Wahlkampf darauf zurückgreifen könnt.

Wir nähern uns dem Ende der 16. Legislatur. Dies ist das letzte Südwestgrün das wir als „alte“ Landesgruppe für euch erstellt haben. Darum möchte ich im Namen aller Baden-Württemberger MdB herzlichen Dank an Uschi Eid sagen, die nicht mehr für den neuen Bundestag kandidiert. Liebe Uschi Eid, du hast in den vergangenen Jahren ganz entscheidend an wichtigen Schnittstellen der Entwicklungszusammenarbeit gearbeitet und so dazu beigetragen, das dieses Feld heute entsprechend aufgewertet wahrgenommen wird. Wir wünschen dir für die Zeit „danach“ alles Gute und bedanken uns herzlich für die gute Zusammenarbeit.

Euer Alex Bonde

Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg



In dieser Ausgabe:

Kerstin Andreae
Seite 2

Biggi Bender
Seite 4

Alex Bonde
Seite 6

Winne Hermann
Seite 8

Sylvia Kotting-Uhl
Seite 10

Fritz Kuhn
Seite 12

Gerhard Schick
Seite 14

Impressum
Seite 16



Kerstin Andreae

Mitglied Wirtschaftsausschuss



Konjunkturpakete: Intransparent und weitgehend nutzlos

Seite 2

Mit einer haushaltspolitischen Kraftanstrengung sondergleichen wollte die große Koalition der Finanz- und Wirtschaftskrise begegnen. 80 Mrd. € stehen nun an Konjunkturmitteln bereit. Zurückzahlen müssen diese Mittel mit Zins und Zinseszins nachfolgende Generationen. Doch was bringen die Konjunkturpakete wirklich? Wirken sie schnell und effizient genug? Und bringen sie eine langfristige Rendite, die diese Belastung für die jüngere Generation rechtfertigen kann?

Wichtige und legitime Fragen, wenn in diesem Umfang neue Schulden aufgehäuft werden. Darum habe ich mit meiner kleinen Anfrage „Wirkung der Konjunkturpakete“ nachgefragt. Die Antwort der Bundesregierung vom 7. Juli ist wenig befriedigend. Vieles bleibt im Ungefähren. Bei den steuerlichen Entlastungen gibt es keine Einschätzung über die mögliche konjunkturelle Wirkung. Die Investitionsmittel von 17,3 Mrd. € der eigentliche Kern des konjunkturellen Impulses, fließen nur tropfenweise und unkontrolliert ab. Die geschürten Erwartungen sahen völlig anders aus. Fazit: Die Konjunkturpakete wirken weder schnell, noch zielgenau.

Konstruktionsfehler: zu wenig Investitionsmittel

Schon die Konstruktion der Konjunkturpakete lief an den wirtschaftlichen Notwendigkeiten vorbei. Von den gesamtstaatlich zur Verfügung gestellten 80 Mrd. € sind weniger als ein Drittel für Investitionen vorgesehen, die eine kurzfristige Wirkung auf die Wirtschaft entfalten könnten.

Der Großteil der Konjunkturmittel wird dagegen zu mehr als einem Drittel für steuerliche Entlastungen eingesetzt. Diese wiederum kommen überwiegend Besserverdienenden zugute und fließen damit auf die Sparkonten und nicht in den Konsum. Damit entfalten diese Mittel keinen konjunkturellen Impuls, sondern sind ein verkapptes Steuersenkungsprogramm. Und während die Mehr-

wertsteuererhöhung 2007 vor allem Geringverdiener mit 20 Mrd. € stark belastet hat, erfolgt nun eine Entlastung der höheren Einkommen um gerade eben diesen Betrag von 20 Mrd. €

Investitionsmittel kaum ausgeschöpft

Mit dem „Herzstück“, dem Investitions- und Tilgungsfonds verbanden sich große Hoffnungen. Vor allem die Kommunen sollten so mehr Geld für dringend benötigte Baumaßnahmen erhalten - z.B. bei maroden Schuldäckern, zum Ausbau der Kindertagesstätten, für Lärmschutz- oder Energiesparmaßnahmen. 10 Mrd. € steuert der Bund hierfür bei, 3,3 Mrd. € legen die Länder drauf. Daneben verbaut der Bund noch 4 Mrd. € in eigener Regie. In der Summe ergibt sich also ein Investitionsvolumen von 17,3 Mrd. € Dieser „Geldregen“ für die Kommunen wird allerdings deutlich verhagelt. Durch die Einnahmeausfälle über die Steuersenkung werden die Kommunen mit mindestens 2 Mrd. € an Steuerausfällen im Jahr hart getroffen

Die kommunalen Investitionen stocken erheblich. Von den seit dem Start zur Verfügung gestellten 10 Mrd. € Bundesmitteln für kommunale Investitionen waren bis Mitte Juni gerade einmal 33 Zusagen mit einem Ausgabevolumen von 33 Millionen € erteilt worden, von den insgesamt zur Verfügung stehenden Investitionsmitteln in Höhe von 17,3 Mrd. € waren es gerade einmal 50 Mio. € Die Bundesregierung hält zwar mit der Aussage dagegen, dass bereits 7,5 Mrd. € der Investitionsmittel geplant bzw. für Projekte zugesagt seien. Jeder Häuslebauer weiß aber, dass zwischen Planung, Bauausführung und Bauabnahme Monate ins Land ziehen. Da hilft es auch nichts, immer wieder durch neue Zahlen und Rechenexempel für Verwirrung zu sorgen. Selbst wenn sich die ausgegebenen Mittel demnächst verdoppeln oder gar verdreifachen würden, wäre das immer noch Bruchteil dessen, was für einen schnellen Konjunkturimpuls notwendig wäre.

Gründe für die schleppende Wirkung der Konjunkturpakete

Hinzu tritt ein weiteres großes Manko: Der Bund hat bei der Ausgabe und der Verwendung der Konjunkturmittel weder Durchgriffs- noch Informationsrechte. Die 13,3 Mrd. € von Bund und Ländern für kommunale Investitionen landen also in einer Black Box. Im Klartext: Was die Länder mit dem Geld machen, bleibt ihre Sache. Zwar gibt es inhaltliche Verwendungsrichtlinien, diese bleiben aber zumeist vage und differieren von Bundesland zu Bundesland. Auch ökologischer Unsinn wird somit finanziert. Der ökologische Umbau unserer Volkswirtschaft, der mit den Milliardensummen möglich gewesen wäre, bleibt so auf der Strecke.

Ein weiteres Problem wird zunehmend deutlich: Bei der Mittelvergabe gilt das „Zusätzlichkeitsprinzip“. Haben beispielsweise Kommunen in ihren aktuellen Haushaltsplanungen bereits Projekte vorgesehen, dürfen diese nicht durch Konjunkturmittel finanziert werden. De facto werden längst geplante Maßnahmen mit viel Phantasie umdeklariert.

Ökologische Fehlsteuerungen bei der Abwrackprämie

Einzig bei der Abwrackprämie laufen die Ausgaben und zeigen eine kurzfristige Wirkung.

Ökologisch ist sie allerdings ein voller Fehlschlag. Von den 394.000 bis Mitte Juni bewilligten Anträgen erfüllten gerade einmal 39 Neufahrzeuge die Euro-6-Norm. Nur 15.336 Fahrzeuge erfüllten die Euro-5-Norm, die ab September für alle neuen Modelle verpflichtend ist. Die überwiegende Anzahl der Neufahrzeuge – 378.595 – erfüllt lediglich die Mindestanforderung der Euro-4-Norm.

Während SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier jetzt im Wahlkampf ein ökologisches Umsteuern auf dem Automarkt einfordert, hat die Abwrackprämie so dafür gesorgt, dass eine veraltete und wenig umweltfreundliche Technik auf Jahre hinaus das Verkehrsgeschehen dominieren wird. Auch die Mitnahmeeffekte sind riesig. So geht das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) davon aus, dass zu 95% ohnehin längst geplante Neuanschaffungen vorgezogen wurden.

Mittlerweile liegen weit über 1,4 Mio. Anträge vor. Und davon profitieren nicht einmal die mittelständischen Autohäuser. Schon drohen die ersten Händler mit Insolvenz, weil sie ihren Kunden die Abwrackprämie vorgestreckt haben und das für die Bearbeitung zuständige Bundesamt für Außenwirtschaft mit der Bearbeitung nicht nachkommt.

Konjunkturpakete inhaltlich falsch und teuer

Im Ergebnis zeigen die Antworten auf unsere kleine Anfrage: Bei dem unkoordinierten Sammelsurium der verschiedenen Konjunkturmaßnahmen wird nicht wirtschaftlich gehandelt. Als Sondervermögen wird ein Großteil der Mittel der demokratischen Kontrolle entzogen und dann völlig ineffektiv eingesetzt. Der Konjunkturimpuls, den die Konjunkturpakete bringen sollten, bleibt weitgehend bislang aus. Und: Die Bundesregierung vertut die Chance, mit den Milliardensummen der Konjunkturpakete den ökologischen und zukunftsfähigen Ausbau unserer Volkswirtschaft voranzutreiben. Hierdurch könnten eine Million neuer Arbeitsplätze geschaffen werden.



Biggi Bender

Mitglied Ausschuss für Gesundheit und Soziales



"Sozialpolitik grün denken"

Seite 4

Kein Problem gelöst, dafür viele neue geschaffen". So lässt sich die gesundheitspolitische Bilanz der großen Koalition zusammenfassen. Der Gesundheitsfonds und die mit ihm verbundenen Auswirkungen auf das Gesundheitssystem stehen für eine verkorkste Gesundheitspolitik – egal, ob die Ministerin mit oder ohne Dienstwagen in den Urlaub fährt.

Gesundheitsfonds bremst Qualität aus

Bereits jetzt ist absehbar, dass der Gesundheitsfonds mit dem Einheitsbeitrag zu einem einseitigen Kostenwettbewerb zwischen den Krankenkassen führt. Die Kassen können Zusatzbeiträge erheben, wenn die Zuweisungen aus dem Fonds nicht ausreichen. Das ist absehbar, denn das Leistungsvolumen des Gesundheitsfonds wird ab dem Jahr 2010 bis auf 95 Prozent der Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung zurückgefahren. Die restlichen 5 Prozent - das sind nach aktuellem Stand rund 8 Milliarden Euro – sollen dann die Krankenkassen über die Kleine Kopfpauschale bei ihren Versicherten eintreiben.

Die Kassen werden, um diese Zusatzbeiträge zu vermeiden, sparen, wo es nur geht. Innovative Modelle wie etwa das „Gesunde Kinzigtal“ werden daher nicht neu entstehen, denn sie kosten am Anfang mehr Geld. Die Diskussion um die Kosten der Impfung zum Schutz gegen die Schweinegrippe hat den Gesundheitsfonds wieder in den Fokus der Kritik gerückt. Der ohnehin schon durch ein Darlehen in Höhe von drei Milliarden Euro gestützte Gesundheitsfonds kann die zu erwartenden Ausgaben von bis zu einer Milliarde Euro nicht verkraften – Zusatzbeiträge drohen.

Wir wollen den Gesundheitsfonds abschaffen und die grüne Bürgerversicherung einführen. Die Bürgerversicherung trägt zu einer nachhaltigen Finanzierung unseres Gesundheitssystems bei, und sie steht auch für soziale Gerechtigkeit. Die Zweiteilung unseres Krankenversicherungssystems in gesetzliche Krankenversicherung und private Krankenversicherungsunternehmen ist sozial ungerecht und gesamtwirtschaftlich kontraproduktiv. Dass sich ausgerechnet die wirtschaftlich leistungsstärksten Bevölkerungsgruppen dem Solidarausgleich entziehen können, ist in der Sache nicht zu begründen. Zur Finanzierung der Bürgerversicherung sollen alle BürgerInnen – also z.B. auch BeamtInnen, PolitikerInnen oder Selbstständige - mit allen ihren Einkunftsarten beitragen. Die grüne Bürgerversicherung ist keine Einheitsversicherung. Alle Versicherten können sich frei zwischen allen gesetzlichen Krankenkassen und privaten Krankenversicherungsunternehmen entscheiden, auf einem einheitlichen Versichertenmarkt mit gleichen Spielregeln für alle.

Keine Bürgerversicherung ohne die Grünen

Eine Bürgerversicherung wird es ohne uns nicht geben. Der Union fehlt ein gesundheitspolitisches Gesamtkonzept. Sie macht keine Aussagen zur Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung und dazu, wie das Milliardendefizit des Gesundheitsfonds ausgeglichen werden soll. Die Union gibt der privaten Krankenversicherung eine Bestandsgarantie, im Klartext heißt das, dass die 8,5 Millionen Privatversicherten auch weiterhin die Freiheit haben, sich nicht am Solidarausgleich zu beteiligen.

Die SPD tritt zwar für eine Bürgerversicherung ein, kann sich aber nicht entscheiden, ob sie alle BürgerInnen in gleicher Weise am Solidarausgleich beteiligen will. Die FDP will den Gesundheitsfonds wieder abschaffen, dafür aber ein Prämiensystem mit Kapitaldeckung einführen. Das bedeutet den Weg zu amerikanischen Verhältnissen, denn die Prämiensubvention aus Steuermitteln steht in den Sternen. Die Linke schließlich will eine Einheitsversicherung. Die Erfahrungen mit staatlichen Gesundheitsdiensten zeigen jedoch, dass die Wartezeiten für PatientInnen dort länger sind und insgesamt weniger PatientInnenorientierung existiert. Die Linke folgt einem Politikmodell, wo alles von oben entschieden und dirigiert wird – so wird Gesundheit nur verwaltet, nicht aber gestaltet.

Ein pluralistisches Gesundheitssystem, in dem die PatientInnen im Mittelpunkt stehen, kann es nur mit uns Grünen geben.

Bundesregierung greift Ängste vor Altersarmut nicht auf

In der Rentenpolitik hat die Bundesregierung mit der Rentengarantie auf „Bedienung der älteren Wählerschaft“ geschaltet. Aber die RentnerInnen von heute haben Kinder und Enkel, die morgen Rentenbeiträge von bis zu 22,2 Prozent zahlen müssen, das ist nicht generationengerecht. Eine Antwort auf die drohende Altersarmut hingegen hat die Bundesregierung nicht. Wir wollen für langjährig Geringverdienende und BürgerInnen, die zusätzlich keine betriebliche oder private Vorsorge betreiben konnten, eine durch Steuermittel gestützte Garantierente einführen. Garantierente statt Rentengarantie für alle – so wird ein sozialer Schuh daraus!

Die große Koalition hatte vier Jahre Zeit, eine zukunftsorientierte Gesundheit- und Rentenpolitik auf den Weg zu bringen – nichts ist passiert. Die Weichen für einen Neuanfang stehen nun auf Grün!

Mehr unter www.biggi-bender.de



Alexander Bonde

Mitglied Haushaltsausschuss



Das Große Versagen der Großen Koalition

Seite 6

Nicht nur bei der Haushaltskonsolidierung hat die Große Koalition versagt. Auch in der Sicherheitspolitik und beim Rüstungsexport hat Schwarz-Rot uns einen Rückschritt gebracht. Eine kurze Zusammenfassung der letzten vier Jahre:

Bundshaushalt – Rekordverschuldung statt Konsolidierung

Die Verschuldung des Bundes wird dieses Jahr alle bisherigen Rekorde brechen. Wenn wir die Buchungstricks und Schattenhaushalte berücksichtigen, liegt die Verschuldung des Bundes dieses Jahr bei über 90 Mrd. Euro. Für das nächste Jahr ist eine weitere Erhöhung der Verschuldung in Aussicht.

In der Finanzplanung vom Juni 2009 summiert sich die Neuverschuldung des Bundes bis 2013 auf 310 Mrd. Euro. Damit übersteigt sie das Volumen des Bundeshaushalts eines ganzen Jahres. Noch nicht enthalten sind darin die Schulden aus der Bankenrettung und den Konjunkturpaketen. Außerdem rechnet die Koalition in der Finanzplanung mit einem durchschnittlich höheren Wirtschaftswachstum ab 2011 als während ihrer gesamten Regierungszeit. Bereits geringe Planabweichungen führen zu Einnahmeverlusten in Milliardenhöhe. Wir erwarten unter realistischen Annahmen bis 2013 neue Schulden von 438 Mrd. Euro. Allein die zusätzlichen Zinszahlungen übersteigen den Etat des Bundes für Bildung und Forschung. Insgesamt steigt die jährliche Zinslast bis 2013 um 25% auf weit über 50 Mrd. Euro.

Die große Koalition hat die hervorragenden Bedingungen der letzten Jahre nicht genutzt, den Haushalt krisenfest zu machen. Konjunkturbedingt sowie durch steuerpolitische Maßnahmen nahm der Bund im Jahr 2008 fast 50 Mrd. Euro mehr ein als 2005. Insgesamt addieren sich die außerordentlichen Steuereinnahmen im Vergleich

zum Basisjahr 2005 auf 138 Mrd. Euro. Damit lagen beste Voraussetzungen dafür vor, den Haushalt krisenfest zu machen und strukturelle Defizite abzubauen. Aber die Koalition war nur im Geldausgeben groß: Die Einnahmen wurden in neue Ausgaben und politische Wunschkonzerne gesteckt, um den Burgfrieden zwischen Schwarz-Rot zu erhalten. Konsolidierung fand nur in den Reden des Finanzministers statt.

Wir haben in den Haushaltsberatungen gezeigt, wie durch den Abbau klimaschädlicher Subventionen sowie verstärkte Investitionen in Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit in ökologischer, sozialer und haushalterischer Sicht hergestellt werden kann. Leider scheiterte unser Klimaschutzhaushalt an der fehlenden Zukunftsverantwortung von CDU/CSU und SPD.

Sozialversicherungen in der Klemme

Die Große Koalition gefährdet die finanzielle Stabilität der Sozialversicherungen. Ein Grund dafür ist die Absenkung des Arbeitslosenbeitrages Anfang 2009, vor dem wir gewarnt hatten. Denn um die steigenden Krankenkassenbeiträge auf den Lohnzetteln zu verschleiern, senkte die Bundesregierung den Arbeitslosenbeitrag so ab, dass bei der BA dieses Jahr ein Defizit von etwa 17 Milliarden Euro anfällt. Nur durch ein zinsfreies Darlehen des Bundes in Höhe von 55 Mrd. Euro wird die Zahlungsfähigkeit der Bundesagentur für Arbeit (BA) bis 2013 gesichert. Zur Tilgung dieses Darlehens müsste die Bundesagentur zehn Jahre lang den Rekordüberschuss aus dem Jahr 2007 erwirtschaften.

Die durch rot-grün verringerte Nachhaltigkeitslücke der Rentenversicherung haben die wahlkampftrunkenen Beschlüsse der Großen Koalition wie die Rentengarantie wieder weit aufgerissen. Auch die Finanzierung der Krankenversicherung kann ohne Beitragssatzerhöhungen nur

durch steigende Bundeszuschüsse gesichert werden. Bei den zentralen Zukunftsfragen des Sozialversicherungssystems hat die Große Koalition auf ganzer Linie versagt.

Sicherheitspolitik: Schläfst Du noch oder reformierst Du schon?

Vier Jahre Schwarz-Rot hieß für die Bundeswehr: Probleme - denn es waren vier Jahre unter CDU-Verteidigungsminister Franz Josef Jung. Der Verteidigungsetat erhöhte sich um über 3 Milliarden auf 31,2 Milliarden Euro, aber ansonsten passierte nichts. Die Bundeswehr hat die Anpassung an die aktuellen Herausforderungen verschlafen. Mit den zusätzlichen Milliarden hat sich die Bundeswehr zum größten Teil für den Kalten Krieg optimiert – weil Franz Josef Jung den Kalten Krieg denkt. Gefragt sind eine umfassende Sicherheitspolitik, die Zivile Krisenprävention, Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe von Anfang an mitdenkt. Bekommen hat die Bundeswehr unsinnige Waffen, mehr Wehrpflichtige und eine Struktur, die bei 350.000 Bundeswehrangehörigen (inkl. Zivilpersonal) ans Limit stößt, wenn 7.000 Soldatinnen und Soldaten tatsächlich im Auslandseinsatz sind. Zuviel Geld in falsche Strukturen, die Ambitionen des hessischen Hobbywinzers war es höchstens, bloß nicht durch zuviel Substanz aufzufallen.

Die Bundeswehr muss drei Probleme angehen: Sie müsste sich von jetzt 250.000 Soldatinnen und Soldaten auf unter 200.000 verkleinern. Durch Abschaffung der ungerechten und sinnlosen Wehrpflicht wäre hier ein großer Schritt getan. Die Bundeswehr müsste ihre Strukturen ändern und europäischer denken: Deutschland muss nicht alle militärischen Fähigkeiten haben, sondern sollte sich da aufstellen, wo wir europäisch Lücken haben. Die Rüstungsbeschaffung müsste vom Kopf auf die Füße gestellt werden: Bisher ist Rüstungspolitik vor allem Industriepolitik. Das Verteidigungsministerium beschafft

Eurofighter, U-Boote, Fregatten und Raketen, die für friedensstabilisierende Einsätze im Auftrag der Vereinten Nationen nicht benötigt werden. Vor allem müssen wir endlich aufhören, Sicherheitspolitik nur militärisch zu diskutieren. Alle zarten Ansätze einer vorausschauenden Politik der Zivilen Krisenprävention und ziviler Maßnahmen wurden diese Legislatur konsequent rückgängig gemacht.

Mit diesem Verteidigungsminister, der die Realität seit vier Jahren ignoriert, fährt die Bundeswehr an die Wand. Die Kanzlerin kümmerts nicht. Für sie erweist sich Jung als idealer Minister. Keiner nimmt ihn ernst, und da von ihm längst nichts mehr erwartet wird, kann er auch niemanden enttäuschen.

Rüstungsexporte: die schwarz(-rot)en Jahre

Aktiver als in der Sicherheitspolitik war die Bundesregierung im Bereich der Rüstungsexporte. Im neuesten SIPRI-Jahresbericht ist Deutschland auf Platz drei der weltweiten Waffenproduzenten aufgestiegen (und liegt nur hinter den USA und Russland). Die restriktiven rot-grünen Exportrichtlinien der Bundesregierung sind noch in Kraft – allerdings hält sich niemand mehr daran. Verteidigungsminister Jung ist als Handlungsreisender der Rüstungskonzerne zum verkappten Wirtschaftsminister verkommen.

Ob die Bundeswehr Eurofighter auf Steuerzahlerkosten zu Industriemessen nach Indien oder Kroatien fliegt oder die Regierung U-Boote nach Pakistan liefern möchte: von den Grundsätzen einer verantwortungsvollen Rüstungsexportpolitik hat sich Schwarz-Rot endgültig verabschiedet.



Winne Hermann

Mitglied Sport- und Verkehrsausschuss

Miserable Öko-Bilanz der Koalition im Verkehr

Seite 8

In der Verkehrspolitik hat die schwarz-rote Regierungskoalition nicht nachhaltige Mobilität durchgesetzt, sondern mehr vom Alten, Falschen getan. Kein Umsteuern in Sicht! Das Fehlen innovativer Konzepte wird durch kontraproduktive Regierungsbeschlüsse vor allem in den Konjunkturpaketen noch getoppt.

Bei einem der wichtigsten verkehrspolitischen Instrumente der letzten Legislaturperiode, **EU-Grenzwerte** für CO₂ für PKW und Schadstoffgrenzwerten für LKW, hat die Bundesregierung als verlängerter Arm der Automobilindustrie gebremst und verwässert. Doch damit nicht genug: kein politischer Mut zum **Tempolimit**, **Steuerprivileg für Dienstwagen** erhalten, **Verkehrslärm** nicht wirksam bekämpft, Flughafenkonzept ohne Rücksicht auf die Interessen der Anwohner, Fluglärmschutznovelle mit der Schallschutzverordnung weiter ausgehöhlt, Straßenbau wie gehabt.

Das ist altbekannte Verkehrspolitik der Betonfraktion. Selbst mit den zusätzlichen Mitteln aus dem Konjunkturprogramm II wird dem öffentlichen Nahverkehr ausdrücklich nicht geholfen. Im Gegenteil! Mit der **Abwrackprämie** und einer vermurksten **Kfz-Steuerreform** – ohne ökologische Lenkungswirkung, wird noch die falsche Modellpolitik mit 5 Mrd. Euro belohnt! Mit dem **Rußfilterskandal** (massenhafter Einbau nicht-funktionsfähiger Partikelfilter) wurden wichtige Luftreinhalteinstrumente (Umweltzonen, Feinstaubreduktion) torpediert. Diese Geschenke an die Industrie verhindern, dass Klimaschutz endlich Einzug hält in den Autobau. Die Verkehrspolitik der Bundesregierung ist klimapolitisch ein Desaster. Der Anteil des Verkehrs an der Klimaerwärmung wächst immer weiter.

Die selbst ernannte Klimakanzlerin hatte zwar in Meseberg 2007 mit ihrem Kabinett auch ein Bündel von Klimaschutzmaßnahmen im Verkehr verabschiedet, aber bei der Umsetzung hapert es. Insgesamt sollten mit den beschlossenen Maßnahmen 33 Prozent CO₂ bis 2020 eingespart werden. Bisher hat der Straßenverkehr gegenüber 1990 gerade einmal 4,2 Prozent CO₂ eingespart. Die Koalition hat **kein kohärentes Konzept** zur Förderung von klimafreundlicher, sicherer Mobilität. Sie redet nur davon.

Nachhaltige Mobilität steht im Zentrum grüner Verkehrspolitik. Sie fördert nicht einseitig den motorisierten Individualverkehr, sondern die Fortbewegung zu **Fuß, per Rad** und mit Bussen und Bahnen, **den Umweltverbund**. Nötig sind hierfür verstärkte Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr, die Schiene und den Nationalen Radverkehrsplan. Wir wollen bis 2020 den Verkehrsanteil des Umweltverbundes auf 30% erhöhen.

Weil auch zukünftig viel Auto gefahren werden wird, müssen wir die Autos grüner machen! Mit dem „**Green Car Concept**“ setzen wir auf eine ökologische Ausrichtung der Autopolitik. Das Auto der Zukunft ist hocheffizient, ein Hybrid oder Elektroauto, fährt **mit Ökostrom** und es ist eingebettet in ein nachhaltiges Mobilitätskonzept! Wir brauchen eine Förderstrategie für **Elektroautos** (Zuschuss für die Anschaffung von anfangs 5.000 Euro; Abschaffung der Stromsteuer auf erneuerbaren Strom). Das grüne Ziel zwei Millionen Elektroautos bis 2020 – wäre eine nachhaltige Zukunftsperspektive für die deutsche Automobilindustrie. Wir wollen Tempo 120 auf Autobahnen und eine Kfz-Steuer, die sparsame Autos steuerfrei stellt und große, durstige Fahrzeuge progressiv besteuert. Das Dienstwagenprivileg für Spritschlucker muss endlich abgeschafft werden.

Schwarz-rote Bahnpolitik ohne Konzept

Die bahnpolitische Bilanz der Großen Koalition ist ein Trauerspiel. Mit ihrer wankelmütigen, konzeptionslosen Politik hat sie die Bahn mehr und mehr aufs Abstellgleis geschickt. Die gescheiterte Privatisierung der Deutschen Bahn AG (DB AG) und der Datenskandal waren dabei nur die vorläufigen Höhepunkte.

Im Sommer 2007 legte die Bundesregierung unter Federführung des SPD-Verkehrsministers ein Privatisierungsgesetz vor, das einen Börsengang mit Schienennetz vorsah. Nachdem zunächst der Bundesrat und dann der SPD-Parteitag im Oktober 2007 seine Zustimmung verweigerte, wurde dieses Gesetz nicht weiterverfolgt. Stattdessen wurde der Bahnkonzern nach dem so genannten Holding-Modell umgebaut, um ihn teilweise an Bundesrat und Bundestag vorbei teilprivatisieren zu können. Im Oktober 2007 wurde der Bahn-Börsengang gegen unsere Stimmen beschlossen. Der Zusammenbruch der Finanzmärkte im Herbst 2008 stoppte den Börsenzug. Und in diesem Fall muss man sagen: zum Glück.

Unsere Arbeit bestand in der letzten Legislatur zu weiten Teilen darin, die Bahnprivatisierung zu verhindern. Dabei scheute die DB-Führung, wie wir heute wissen, auch nicht vor unlauteren Methoden wie Mitarbeiterüberwachung, dem Ausspähen von Emails und bezahlten PR-Kampagnen zurück. Gemeinsam mit vielen anderen Akteuren im Parlament und in den Bundesländern, in Bürgerinitiativen, Umwelt-Verbänden, Gewerkschaften und wissenschaftlichen Einrichtungen ist es uns gelungen, den integrierten Börsengang der DB AG mit Schienennetz und die Fortführung des Systems Mehdorn zu verhindern.

Jetzt müssen wir die Gelegenheit für einen Neuanfang in der Bahnpolitik nutzen. Wir wollen mehr Verkehr auf die Schiene verlagern und eine Schieneninfrastruktur, die zu 100 Prozent im Bundesbesitz bleibt, im Sinne der grundgesetzlichen Daseinsvorsorge. Private Investoren dürfen auch keinen indirekten Einfluss auf die Schieneninfrastruktur nehmen. Wir wollen die Mittel für eine langfristig orientierte Bahnpolitik um jährlich 2 Mrd. Euro aufstocken, davon sollen 500 Mio. in den Ausbau des Nahverkehrs fließen. Mit einem so genannten Deutschland-Takt wollen wir für einen nahtlosen und pünktlichen Verkehrsablauf sorgen. Das heißt, wir wollen alle mittleren und größeren Städte in Deutschland mit einem integrierten Taktfahrplan verbinden. Die Verantwortung für einen guten Fernverkehr muss im öffentlichen Rahmen wahrgenommen werden.



Sylvia Kotting-Uhl

Mitglied Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit



Große Koalition: Umweltpolitik mit negativer Ökobilanz

Seite 10

Die Merkel-Regierung hat in den vergangenen vier Jahren die deutsche Spitzenposition in der Umweltpolitik verspielt.

„Klimakanzlerin“ mutierte zur Industrielobbyistin

Am dramatischsten ist das Versagen der Regierung im Kampf gegen die Klimaerwärmung. Der internationale Kredit, den sich Deutschland unter Rot-Grün in dieser Frage erarbeitet hatte, wurde verspielt.

In der ersten Zeit ihrer Regierung haben wir von Angela Merkel viele wohlklingende Sätze gehört. Sie genoss es sichtlich, in den Boulevard-Medien als „Klimakanzlerin“ bezeichnet zu werden. Leider verblassten die lichten Bekenntnisse bald vor der Banalität der Taten. Als die EU den europäischen Autos angemessene Emissionsminderungen auferlegen wollte, mutierte sie zur Lobbyistin der deutschen CO₂-Spucker, die Klimakanzlerin war fortan verschollen. Und als in Brüssel das EU-Klimapaket verhandelt wurde, machte sie sich zur obersten Sprecherin der schmutzigen Industrien und machte den europäischen Emissionshandel so weitgehend unwirksam - zugunsten der Stromkonzerne und der schlimmsten Energieverschwender. Selbst der umweltpolitisch zahm gewordene SPIEGEL titelte: „Kapitulation der Klimakanzlerin“ und „Indem sie schmutzige Industrien rettet, gefährdet sie neue „grüne“ Jobs“.

Kohle für die Kohlelobby

Wir Grünen stehen für den Abschied von den fossilen Energien, für Energieeffizienz und den Ausbau der Erneuerbaren. Union und SPD haben dagegen den Bau neuer Kohlekraftwerke unterstützt und sogar durchgesetzt, dass neue Kohlekraftwerke mit bis zu 15 % aus Steuermitteln subventioniert werden können.

Sobald es um Kohle geht, wird auch die SPD umweltpolitisch reaktionär. Ein Energie-Effizienz-Gesetz konnte nicht verabschiedet werden. Es droht gar ein Vertragsverletzungsverfahren, da die Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie seit Mai letzten Jahres überfällig ist. Die gesteckten CO₂-Reduktionsziele können so nicht erreicht werden.

Restaurationsversuche beim Atomausstieg

Vier Jahre Große Koalition waren für den Ausstieg aus der Atomenergie vier vergeudete Jahre. Um demokratische Rechte einzuschränken, bemühen Schäuble/ Merkel gerne gestiegene Terrorgefahren. Für die mit Abstand größte Gefahr für unsere innere Sicherheit fällt ihnen nichts anderes ein als lächerliche Nebelwerfer. Grüne Bemühungen, die besonders gefährdeten älteren AKWs früher abzuschalten, wurden abgebürstet.

Den Betreibern wurden Trickserien mit Stillstandszeiten erlaubt, durch die die eigentlich anstehende Abschaltung einiger Altreaktoren bis nach der nächsten Wahl hinausgezögert wurde. Unter Schwarz-Rot wurde kein einziges AKW abgeschaltet. Die Union trommelt offen für den Abschied vom Atomausstieg.

Versagen auf der ganzen Linie beim Atommüll

Viele Tonnen des hochgefährlichen Mülls sind in der Merkel/Steinmeier-Ära neu produziert worden. Die Last hinterlässt man den künftigen Generationen. Bestehende Atommülllager erwiesen sich als hochgefährliche Zeitbomben (Asse, Morsleben), die mit Milliardenaufwand dem Steuerzahler und der Steuerzahlerin aufgebürdet werden, weil die

Koalitionsmehrheit unsere Forderung ablehnte, die Verursacher für die Sanierung zahlen zu lassen.

Vor allem die Union hat im Verein mit der Atomwirtschaft alle Anläufe zur Suche nach der bestgeeigneten Atomülllagerstätte sabotiert, um das Gorleben-Moratorium auszusetzen und die verantwortungslose Vorfestlegung auf diesen Standort wieder zu beleben. (eine besonders perfide Haltung, weil das als Exempel für das Salzbergwerk Gorleben dienende Salzbergwerk Asse II gerade absäuft). Und die SPD hatte weder die Kraft, das bereits vorliegende Endlagersuchgesetz auch nur in Ansätzen umzusetzen noch wenigstens dem von uns geforderten Untersuchungsausschuss zum Asse-Skandal zuzustimmen.

Umweltrecht: Vereinheitlichung verdödelt – Standards geschliffen

Ein einheitliches Umweltgesetzbuch (UGB) zu schaffen, war von der Regierung vorab als wichtigstes umweltpolitisches Vorhaben der Legislaturperiode bezeichnet worden. Schon der von Sigmar Gabriel vorgelegte Entwurf des UGB war ohne ökologische Strahlkraft und von vorauseilendem Kompromisstreben geprägt. Den Industrie- und Agrar-Lobbys war das aber noch zu wenig. Vor allem über die CSU – geführten Ministerien für Wirtschaft und für Landwirtschaft schossen sie das ganze Gesetzeswerk ab.

Herausgekommen ist ein Trümmerfeld aus vier Einzelgesetzesresten ohne ausreichende Umweltstandards. Das Umweltrecht bleibt zersplittert. Das ehemalige Herzstück des UGB, die Integrierte Vorhabengenehmigung, fehlt völlig. Diese Reform des Genehmigungsverfahrens hätte Bürokratiekosten von 27 Millionen Euro jährlich eingespart und vor allem kleinen und mittleren Betrieben genutzt. Mit der jetzigen Zersplitterung des

Umweltrechts kann alleine die Großindustrie mit ihren üppigen Rechtsabteilungen gut leben.

Ein umweltvergessenes Krisenpaket

Dass Ökologie und Ökonomie zusammengehören, kann man inzwischen in jeder Sonntagsrede hören. Die Praxis ist auch hier die Probe aufs Exempel. Mit ihrem Krisenpaket hat die schwarz-rote Regierung gezeigt, dass sie nicht auf die Zukunft orientiert, sondern das gerade Gescheiterte wiederbeleben will. Anders als in den Krisenmaßnahmen anderer wichtiger Industrieländer muss man in Deutschland ökologisch wirksame Bestandteile des Krisenpakets mit dem Vergrößerungsglas suchen. Hauptelemente wie die „Abwrackprämie“ machen weder für die Wirtschaft noch für die Umwelt Sinn, sie sind ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver.

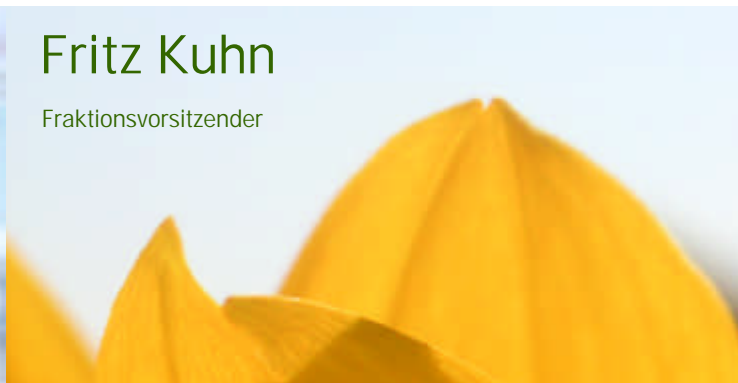
Fazit

Die Bremserrolle in der Umweltpolitik ging vorwiegend aufs Konto der Union. Die versteht ihre Verbandelung mit den alten Industrielobbys immer noch als Wirtschaftskompetenz. Die SPD hat die umweltpolitischen Grausamkeiten mal murrend, mal aus eigenem Antrieb (v.a. bei Kohle und Auto) mitgetragen. Statt von der Auto-, Energie- und Chemieindustrie eine ökologische Modernisierung einzufordern und die neuen ökologischen Zukunftsökonomien zu fördern setzte die Union auf ihr altes „weiter so“. Weil andere Länder schlauere Regierungen haben, wird die hiesige Wirtschaft auf diesem Weg absehbar ins Hintertreffen geraten. Aber bei der kommenden Wahl kann mensch ja diese Richtung abwählen. Aus der Krise hilft Grün.



Fritz Kuhn

Fraktionsvorsitzender



Auf Zukunft setzen – GRÜN wählen!

Seite 12

Am 27. September ist Bundestagswahl. Deutschland steht vor einer Richtungsentscheidung. Eines ist jedoch schon klar: Weder ein neoliberales Roll Back mit Merkel/Westerwelle noch das träge Weiterverharren einer großen Koalition sind Basis für eine moderne Politik. Auf Klima- und Wirtschaftskrise gibt es eine gemeinsame Antwort, und nur diese: GRÜN. Nur wer GRÜN wählt, stimmt für einen Wechsel zu Ökologie, Gerechtigkeit, Freiheit und legt das Fundament für neue Arbeit, echte Teilhabe und nachhaltiges Wirtschaften.

Die grüne Bundestagsfraktion hat die Zeit der Opposition gut genutzt und viele neue Konzepte entwickelt. Grüne Marktwirtschaft ist das wirtschaftspolitische Modell der Zukunft. Als Absage an eine neoliberale Weltanschauung schlägt sie den wirtschaftspolitischen Rahmen vor für eine demokratische, ökologische und soziale Gesellschaft. Wir Grünen setzen auf die ökologische Modernisierung, Investitionen in Bildung und Gesundheit, den sozialen Arbeitsmarkt und den Abbau der Schwarzarbeit, damit Deutschland rasch aus der derzeitigen Krise kommt und bereits in den kommenden vier Jahren 1 Million zukunftsfähige Jobs entstehen.

Die Finanzmarktkrise zeigt: entfesselte Märkte sind ein enormes Risiko. Die Politik muss deswegen wieder klare Regeln durchsetzen. Schwarz-Rot hat die gefährliche Situation viel zu spät erkannt und falsch reagiert. Sie lässt sich jetzt Lösungen von jenen diktieren, deren Shareholder-Mentalität die Krise erst herbeigeführt hat und jede Form von Verstaatlichung blockiert. Wir sagen klar: um die Risiken künftig gering zu halten, muss eine intelligente Bankenaufsicht und der Verbraucherschutz im Finanzwesen verstärkt werden.

Umweltschutz ist ein weltweiter Wachstumsmarkt. Deutschland wird davon nur dann weiter profitieren, wenn wir endlich entschlossen an den Ausbau Erneuerbarer Energien herangehen. Auch in Baden-Württemberg, wo die Potentiale für Windenergie bei weitem nicht ausgeschöpft sind. Das zähe Gerangel um den Weiterbetrieb alter Atommeiler und um Kohlekraftwerke hat geschadet und viel Zeit gekostet, etwa beim Ausbau der Stromnetze. Genauso hat Schwarz-Rot auf dem Schlüsselgebiet der Energieeffizienz die Zeit verplempert. Damit ist klar: wer schnell Klimaschutz mit sauberen Energien haben will, wer Jobs im Handwerk und in der Umweltindustrie vermehren will, muss GRÜN wählen.

Grüne Marktwirtschaft hat eine umfassende Vorstellung von ökologischer Modernisierung. Wir setzen nicht nur auf das Wachstum grüner Branchen wie Solar- und Windenergie, sondern auch auf eine ökologische Transformation der Chemieindustrie und im Maschinenbau. Material- und Energieeffizienz in ihren Produkten und Produktionsverfahren sind für deutsche Unternehmen die Voraussetzung, um auf den Märkten der Zukunft zu bestehen und Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten.

Lange vor der Krise des Automobilsektors hat sich die Bundestagsfraktion mit dem Auto der Zukunft befasst. Dass es grün fährt, verkünden mittlerweile auch Daimler, VW und BMW. Aber damit zukunftstaugliche Elektrofahrzeuge tatsächlich die heutigen Sprintschlucker von der Straße drängen, muss die Politik in die Gänge kommen. Grüne Verkehrspolitik stellt umweltfreundliche Mobilität in den Mittelpunkt. Statt auf mehr Beton und Abwrackprämien setzen wir auf überzeugende Konzepte wie Car-Sharing, die Förderung emissionsfreier Fahrzeuge und

vernünftige Tempolimits. Statt mit Milliarden Steuergeld den Stuttgarter Hauptbahnhof zu begraben, muss die Bahn allen Bürgerinnen und Bürgern wieder eine zuverlässige Mobilität anbieten.

Die Neuverschuldung des Bundes wird in den kommenden Jahren auf über 100 Milliarden Euro steigen. Ebenso wird die Zinsbelastung zunehmen. Ist es nicht ein massives Versäumnis von Union und SPD, die hervorragenden ökonomischen Rahmenbedingungen der vergangenen Jahre nicht zu nutzen, um den Haushalt krisenfest zu machen und strukturelle Defizite abzubauen? Nur wer GRÜN wählt, sorgt für mehr Generationengerechtigkeit und einen Ausstieg aus der Schuldenpolitik der vergangenen Jahrzehnte. Die grüne Bundestagsfraktion hat im Rahmen der Föderalismusreform II eine Schuldenbremse konzipiert, die sicherstellt, dass in guten Zeiten Schulden abgebaut werden müssen. Die Regelung der Koalition verdient den Namen Schuldenbremse nicht, weil sie der Schuldenmacherei bewusst keinen Riegel vorschiebt. Vollends unseriös sind jetzt Union und FDP mit ihren Steuersenkungsschwüren. Denn gewiss ist: entweder werden sie ihre Versprechen brechen, noch mehr Schulden machen oder die Sozialausgaben massiv kürzen.

Teilhabeerechtigkeit und Armutsbekämpfung sind Schlüsselaufgaben der künftigen Sozialpolitik. Wer den Sozialstaat schleift, zielt bewusst auf die Chancen und Lebensbedingungen vieler Menschen in unserem Land. Mit dem grünen Progressivmodell, das allmählich ansteigende Sozialversicherungsbeiträge einführt, wollen wir die Chancen von Arbeitssuchenden und Geringverdienern verbessern. Wer ein Leben lang gearbeitet hat und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stand, soll im Alter eine Garantierente erhalten, die deutlich über der Grundsicherung liegt. Wer GRÜN wählt, setzt auf einen neuen

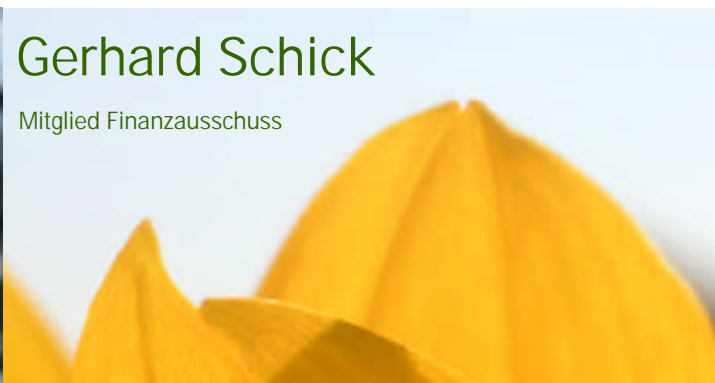
Bildungssoli. Er soll in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die nötigen zusätzlichen Mittel für eine bessere Förderung und Bildung unserer Kinder bereitstellen. Die bisher ungerechte Familienförderung wollen wir aufheben. Kinder gehören in den Mittelpunkt. Das Ehegattensplitting wollen wir zugunsten einer erhöhten Kindergrundsicherung abschmelzen.

Deutschland steht im September vor einer Richtungsentscheidung. In den kommenden Wochen geht es für uns Grüne darum, mit unseren Konzepten Wählerinnen und Wähler für eine grüne Stimme zu gewinnen. Wir wollen wieder drittstärkste politische Kraft in Deutschland werden. Nur die Stimme für die Grünen bringt Deutschland voran. Wer GRÜN wählt, setzt auf Zukunft. Dafür lohnt es sich, jetzt gemeinsam zu kämpfen.



Gerhard Schick

Mitglied Finanzausschuss



Finanzmärkte: Große Koalition versagt

Seite 14

Internationale Finanzkrise: gefährliche Fehleinschätzungen

Der Umgang der Bundesregierung mit der Finanzkrise ist geprägt von Fehleinschätzungen – vorneweg durch Finanzminister Steinbrück. So wehrte er sich lange gegen die Konjunkturprogramme. Es folgten gleich zwei davon in Milliardenhöhe. Er wollte verhindern, dass in diesen Konjunkturprogrammen Steuersenkungen enthalten sind – sind sie jetzt aber. Noch im September 2008 verkündet der Minister, der Schwerpunkt der Finanzkrise liege in den USA, nicht aber in Deutschland. Drei Tage später kam es zur größten Bankenrettung bei der Hypo Real Estate (HRE). Bei dieser wollte der Finanzminister unbedingt die Verstaatlichung vermeiden – inzwischen ist die Bank de facto verstaatlicht. Steinbrück, der perfekte Krisenmanager? Davon kann bei genauerer Betrachtung nicht die Rede sein. Denn diese Fehleinschätzungen führten dazu, dass kurzsichtig Politik gemacht wird, die ständig korrigiert werden musste.

So hat es die Bundesregierung im Frühjahr und Sommer 2008 versäumt, sich auf weitere Bankenpleiten einzustellen. Dabei hatte im März 2008 das Financial Stability Forum, in dem sich international die Finanzaufsichtsbehörden koordinieren, die Regierungen zur Vorbereitung auf verschiedene Notfalloptionen aufgefordert. Die Bundesregierung versäumte dies, obwohl mit einer weiteren Verschärfung der Finanzkrise gerechnet werden musste. Und deswegen kam es dann am 28. September 2008 zu unstrukturierten, unvorbereiteten Rettungsverhandlungen für die HRE mit den privaten Banken. Präventives Handeln in der Krise sieht anders aus. Die Folge ist ein schlechtes Verhandlungsergebnis, das mehrfach korrigiert werden musste.

Dann, aber leider eben auch erst dann, erkannte die Bundesregierung ihr Versäumnis und richtete den 500

Milliarden-Fonds für die Rettung deutscher Banken ein, damit so eine gefährliche Situation nicht erneut passiert. Doch auch darin ist ein zentraler Fehler enthalten. Wieder vertraut man zu sehr auf die Bankmanager. So wird bei den Staatshilfen für Banken auf Freiwilligkeit gesetzt. Die Folge: Deutschland steht seit Monaten vor der ernstesten Gefahr einer Kreditklemme. Denn weil die Bankvorstände ihren Aktionären, nicht aber der Volkswirtschaft verpflichtet sind, schränken sie im Zweifel lieber die Kreditvergabe ein als die Kapitalhilfen des Staates anzunehmen. Daher fordern wir: Die Banken müssen zur Annahme der Staatshilfen gezwungen werden.

Grüne Finanzmärkte: Bistlang Fehlanzeige

Wer das Weltklima retten will, braucht viel Geld: Auf 500 Milliarden Euro werden die Investitionen weltweit geschätzt, um den Temperaturanstieg auf zwei Grad Celsius zu beschränken. Das kann die öffentliche Hand nicht allein aufbringen – dafür braucht es private Mittel. Das Potenzial ist enorm: Jede und jeder kann mit der eigenen Geldanlage dazu beitragen, unsere Wirtschaft ein Stück ökologischer, ethischer, sozialer und fairer zu machen. Würden alle Deutschen ihr Privatvermögen nachhaltig anlegen, stünden auf einen Schlag gut 4,5 Billionen Euro für den dringend erforderlichen Umbau unserer Wirtschaft zur Verfügung. Nur: Die Voraussetzungen dafür stimmen nicht, die Anreize fehlen weitestgehend. Das muss geändert werden:

- Die Kundenberatung soll bei allen Verkäufen von Finanzprodukten wie Versicherungen und Fonds soll die ökologische und soziale Dimensionen einer Geldanlage umfassen.
- Mindestkriterien für nachhaltige Geldanlagen sollen das Investment in bestimmte Branchen ausschließen und die Einhaltung internationaler Normen und Umweltstandards garantieren.

Umweltrelevante Basisindikatoren sollen gesetzlich verpflichtend und standardisiert in die Geschäftsberichte der Unternehmen Aufnahme finden.

Der Staat, seine Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen sowie staatsnahe Institutionen wie die gesetzlichen Versicherungen und die öffentliche Kreditinstitute müssen Vorbilder werden und endlich eine Vorreiterrolle bei nachhaltiger Geldanlage einnehmen.

Anfragen unserer Fraktion zeigen: Davon ist bei der Bundesregierung nichts zu sehen. Von wegen Klimakanzlerin!

Steuerflucht: Gesetze statt Gerede

Wenn es ein Thema gibt, für das Finanzminister Peer Steinbrück gelobt wird, ist es sein Einsatz gegen Steuerhinterziehung. Aber warum eigentlich? Die Sanktionsdrohungen seines Gesetzes beziehen sich nur auf Geschäftsbeziehungen mit Staaten, die die OECD-Standards für den Auskunftsaustausch in Steuersachen nicht akzeptieren. Diese OECD-Standards sind jedoch bei weitem nicht ausreichend – Gebiete wie die britischen Kanalinseln haben die Standards akzeptiert, erfüllen aber nach wie vor alle Kriterien einer Steueroase. Statt markiger Worte und eines Alibi-Gesetzes brauchen wir vor allem:

- mehr Personal für Steuerfahndung und Betriebsprüfung
- eine Neuausrichtung der deutschen Doppelbesteuerungsabkommen hin zu mehr Transparenz
- eine Initiative zum Rückzug deutscher Banken aus Steueroasen
- Druck auf internationaler Ebene zur weltweiten Durchsetzung des automatischen Informationsaustauschs in Steuerfragen

Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen: Sträflich vernachlässigt

Das Thema Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen hat die große Koalition in der vergangenen Legislatur sträflich vernachlässigt. Wenn Gesetze kamen, dann war es lediglich eine zwingende Umsetzung europäischer Richtlinien. Eine Anhörung im Bundestag zum Anlagesegment „grauer Kapitalmarkt“, in dem Bürgerinnen und Bürger jährlich Milliarden verlieren, fand nur auf Druck der Grünen statt. Die am schwersten Betroffenen der Krise, geschädigte Zertifikate-AnlegerInnen der Pleitebank Lehman-Brothers und Sparer der isländischen Pleitebank Kaupthing, loben einhellig, dass die Grünen den größten Einsatz für verbesserte Rahmenbedingungen bei Finanzgeschäften von Verbraucherinnen und Verbrauchern zeigen. So haben wir lange vor der Krise Vorschläge zur Regulierung von Zertifikaten gemacht, die aber von SPD, CDU und FDP abgelehnt wurden.

Wir fordern unter anderem:

- ein einheitliches Schutzniveau der Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Kapitalanlage unabhängig von Vertriebsweg und Finanzprodukt, das bedeutet ein Ende des Grauen Kapitalmarkts
- eine Honorar- statt Provisionsberatung, damit beim Vertrieb von Finanzprodukten nicht die Provisionseinnahmen des Verkäufers, sondern die Interessen des Kunden im Vordergrund stehen
- eine effektive Aufsicht über Finanzdienstleister und Produkte und Stärkung der Aufsichtsbehörde Bafin sowie der Verbraucherzentralen

Kerstin Andreae

Mitglied Wirtschaftsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71480
Fax 030/227-76481
kerstin.andreae@bundestag.de
www.kerstin-andreae.de

Mitarbeit: Rita Maria Lienesch (Büroleitung)
Michael Schröter, Mira Schirrmeister
(wissenschaftliche Mitarbeit)
WK: Holger Weber, David Vaulont
Haslacher Str. 61, Freiburg,
Tel. 0761/88867-13, Fax -8886714

Uschi Eid

Mitglied Auswärtiger Ausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71575
Fax 030/227-76233
uschi.eid@bundestag.de
www.uschi-eid.de

Mitarbeit: Manuel Hublitz (Afrika), Britta
Schöffel, Britta Müller (Auswärtige Kulturpoli-
tik), Hanna Hartwich (Wasserpolitik)
WK: Astrid Linnemann
Plochingen Str. 8, Nürtingen
Tel. 07022/37234, Fax -37321

Fritz Kuhn

Fraktionsvorsitzender
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71897
Fax 030/227 - 76896
fritz.kuhn@bundestag.de
www.fritz-kuhn.de

Mitarbeit: Marcus Becher (Büroleitung),
Boris Dehler, Astrid Evert, Klaus Müller,
Dr. Michael Münter (wissenschaftliche Mitar-
beit), Maja Nikolovska, Ramona Schiller
(Büro)
WK: Kai Dondorf
Rohrbacherstr. 39, Heidelberg,
Tel. 06221/167611, Fax -24908

Biggi Bender

Mitglied Ausschuss für Gesundheit
und Soziales
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71667
Fax 030/227-76667
birgitt.bender@bundestag.de
www.biggi-bender.de

Mitarbeit: Astrid Spiegel,
Annette Rausch, Fabian Engelmann
(wissenschaftliche Mitarbeit)
WK: Sandra Weber
Hermannstr. 5a, Stuttgart,
Tel. 0711/26346177, Fax -6151725

Winfried Hermann

Mitglied Sport- und Verkehrsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71949
Fax 030/227-76399
winfried.hermann@bundestag.de
www.winfriedhermann.de

Mitarbeit: Sabine Krüger (Umwelt & Verkehr),
Michael Baumbach (Sport),
Angela Kohls (Bahn & Verkehrspolitik)
WK: Jenny van Heeswijk, Chris Kühn,
Rümelinstr. 8, Tübingen,
Tel. 07071/252757, Fax -252559

Gerhard Schick

Mitglied Finanzausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-74535
Fax 030/227-76656
gerhard.schick@bundestag.de
www.gerhardschick.net

Mitarbeit: Gesine Gülker (Büroleitung)
Jakob Ache, Finn Gerlach, Jan Weder,
(wissenschaftliche Mitarbeit)
WK: Thomas Hornung, Damian Wiench
Waldhofstr. 4, Mannheim
Tel. 0621/4017252 Fax -8469

Alexander Bonde

Mitglied Haushaltsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71691
Fax 030/227-76991
alexander.bonde@bundestag.de
www.alexander-bonde.de

Mitarbeit: Thorsten Arzbach, Sebastian
Schäfer (wissenschaftliche Mitarbeit),
Ulrike Paschedag
WK: Marco Dieterle, Martin Kranz-Badri,
Karl-Friedrich-Str. 40, Emmendingen,
Tel. 07641/954545, Fax -954546

Sylvia Kotting-Uhl

Mitglied Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit,
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-74742
Fax 030/227-76742
sylvia.kotting-uhl@bundestag.de
www.kotting.uhl.de

Mitarbeit: Sibylle Centgraf, Rolf Gramm,
Nicoletta Salbach, Bastian Zimmermann
WK 1: Inge Behner
Hauptstr. 41, Neckargemünd
T: 06223 /866423 Fax -866813
WK 2: Ulrike Maier
Sophienstr. 58, Karlsruhe
Tel. 0721/1518687 Fax -1518690

Ein Draht nach Berlin: SÜDWEST GRÜN

Seite 17



Foto: Deutscher Bundestag/Stephan Erfurt

SÜDWEST GRÜN wird als pdf-Datei versandt und kann mit dem Acrobat Reader geöffnet werden. Wer den Rundbrief regelmäßig beziehen will, kann sich durch eine Email an alexander.bonde@bundestag.de in den Verteiler aufnehmen lassen. Abbestellen könnt ihr auf dem gleichen Weg.

Alle Ausgaben von SÜDWEST GRÜN und weitere Informationen über die Landesgruppe Baden-Württemberg von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag sind nachzulesen unter www.suedwestgruen.de oder www.landesgruppe-bawue.de. Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein, wie wir es gerne möchten.

Daher seid ihr unser wichtigstes Bindeglied nach Hause und für uns ist es wichtig zu erfahren, was euch konkret „auf den Nägeln brennt“.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in engem Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Eure Ideen, euer Engagement sind ein wichtiger Beitrag zu unserer parlamentarischen Arbeit.

Mehr unter
www.gruene-fraktion.de

Rundbrief der baden-württembergischen Grünen im Bundestag

V. i. S. d. P.
Alexander Bonde MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Redaktion: Ulrike Paschedag
Tel. 030/227-71691
Fax 030/227-76991
E-Mail: alexander.bonde@bundestag.de
<http://www.alexander-bonde.de>

Südwest Grün | August 2009

